



Presseschau vom 04.09.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚[DNS über HTTPS](#)‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lese- und Medientipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

de.rt.com: Vorwärts in den Faschismus – Die Entstehung des ukrainischen Nationalismus

Die nationalistische Bewegung in der Ukraine tauchte nicht aus dem Nichts auf, sondern benötigte Jahre, um sich zu entwickeln. RT DE wagt einen Rückblick auf die Entstehung einer Ideologie, deren Ziel die Entmenschlichung der Russen ist. ...

<https://kurz.rt.com/3602> bzw. [hier](#)

de.rt.com: "Ein normales Leben wird es nicht mehr geben" – Exklusives Interview mit der Mutter von Alina Lipp

Eigentlich ist der Begriff Familienzusammenführung damit assoziiert, dass bedrohte Ehepartner oder Familienmitglieder aus dem Ausland nach Deutschland geholt werden. Im Falle der Familie Lipp ist es umgekehrt. ...

<https://kurz.rt.com/362z> bzw. [hier](#)

Robert Bridge: Der Papst und der Zorn des Diplomaten – Wie der Mordfall Dugina Kiews Doppelmoral bloßstellt

Nicht einmal Papst Franziskus ist vor Kiews Zorn sicher. Der Heilige Vater wurde zum jüngsten Ziel ukrainischer Wehklagen. Doch die ganze Welt sollte die Worte des Papstes ernsthaft beherzigen, denn sie waren sehr sorgfältig gewählt. ...

<https://kurz.rt.com/35s5> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: In wessen Auftrag regiert Frau Ministerin Baerbock eigentlich?

Wenn die grünen Minister die Kontrolle über ihre Aussagen verlieren, dann bekunden sie Verachtung. Für die Deutschen, und für Menschen im Allgemeinen. Annalena Baerbock hat deutlich zu verstehen gegeben, was sie von ihren Wählern hält. Nichts. ...

<https://kurz.rt.com/3627> bzw. [hier](#)

de.rt.com: US-General brüstet sich: Terror gegen prorussische Verwaltungskräfte ist USA zu verdanken

Der Terror gegen örtliche Verwaltungskräfte, die in den Gebieten Cherson, Saporoschje und Charkow mit Russland kooperieren, ist das Ergebnis einer langjährigen Ausbildung durch die USA. Das sagte der Leiter des US-Kommandos für Spezialeinsätze Richard Clarke. ...

<https://kurz.rt.com/364m> bzw. [hier](#)

Marinko Učur: LGBT-Treffen in Belgrad: "Frage aller Fragen" oder neuer Druck aus dem Westen?!

Die Versuche von NATO und EU, Serbien in den westlichen Einflussbereich zu ziehen, hören nicht auf. Serbien beharrt aber auf seiner Neutralität und guten Beziehungen zu Moskau. Nun spannt der Westen – wie aus dem Lehrbuch für Umstürze – die LGBT-Bewegung ein, um den Druck auf Belgrad zu verstärken. ...

<https://kurz.rt.com/361s> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: Cherson-Offensive: Durchbruch oder Katastrophe?

Wenn es nach der deutschen Presse geht, läuft noch immer eine ukrainische Offensive bei Cherson, die auch Erfolge bringt. Die russischen Zahlen sprechen von einer Katastrophe. Ein

kleiner Überblick über die Sichtweisen und Bewertungen. ...

<https://kurz.rt.com/364t> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: Energie, Industrie und Zusammenbruch – ein Blick in eine mögliche Zukunft, Teil 2

Zivilisation ist zerbrechlich, auch wenn die Fans einer "grünen Wirtschaft" das nicht glauben wollen. In diesem Teil werfen wir einen Blick auf die Industrie. Das Ergebnis ist nicht günstiger als bei der Nahrungsversorgung. ...

<https://kurz.rt.com/35u9> bzw. [hier](#)

Igor Maltsev: Der Eiserne Vorhang der westlichen Demokratie

Bundesaußenministerin Annalena Baerbock stimmte den erschwerten Einreisebedingungen für russische Staatsbürger zu. Die erleichterte Visa-Vergabe wird von der EU vollständig ausgesetzt. Das regt zu historischen Vergleichen an. ...

<https://kurz.rt.com/363z> bzw. [hier](#)

Anton Gentzen: Medwedew hat recht: Deutschland agiert wie ein Feind Russlands

Dass Bundeskanzler Olaf Scholz jede Orientierung in der Weltgeschichte verloren hat, war schon seit seiner "Zeitenwende"-Brandrede klar. Seitdem gibt es keinen Auftritt von ihm, in dem er nicht immer neue Portionen Ahnungslosigkeit nachlegt. Daraus ziehen bald nicht nur Gazprom und Dmitri Medwedew ihre Konsequenzen. ...

<https://kurz.rt.com/3666> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

19:45 de.rt.com: Cherson erneut mit Artillerie angegriffen. RIA Nowosti zeigt Zerstörungen der zivilen Infrastruktur

Ukrainische Truppen griffen Cherson an, zivile Infrastruktur wurde beschädigt, Wohngebäude zerstört, teilt der Pressedienst der Regionalverwaltung gegenüber [RIA Nowosti](#) mit.

"Ukrainische Truppen haben einen Raketenangriff auf Cherson gestartet. Das Luftabwehrsystem funktionierte. Aber es gibt auch Schäden an der zivilen Infrastruktur. Ein Volltreffer zerstörte ein Wohnhaus", meldet die Regionalverwaltung.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/q1K6Bj38icgPJ-JD9zkKRd4ejRhndWydvsbj5rGaX4NFFdrTt8sKx73y-w6qkeIBcm5mxA6bahZT68B0UT0pCiQckAEbkgoa38JONpKug_Fnp7I-NHaK7STAWKBDaALpfccDEIlGniCuUrw_0ULVREaovGzJV4nq3s4uiRU4x4bn5wYRZvC4zD1MkfW6HZcz8vZKc_1KbnlRfSrNQZMQo6WU12pzUaYqfJakZi7DdGt0RtQtCGEZRBnwt06EJZJF0zaVoJz8hlm6tNZzSbfuuBswkvM-b0vU3v8n6iwlxILL6Kn8K4y4VsLWzveZtwHdIDk278GiznjeXaa2dXbdFw

20:15 de.rt.com: Kämpfer einer russischen Spezialeinheit nennt Details über zweiten

ukrainischen Landungsversuchs an AKW Saporoschje

Ein russischer Militärangehöriger mit Rufnamen "Skif" legte in einem [Gespräch](#) mit der russischen Nachrichtenagentur RIA Nowosti Einzelheiten einer weiteren ukrainischen Attacke auf das größte europäische Atomkraftwerk Saporoschje offen. Ihm zufolge handelte es sich um einen schnellen Landungsversuch mit Unterstützung der Artillerie.

Die ukrainischen Einheiten seien mit hoher Geschwindigkeit auf Kampfbooten mit ausgeschaltetem Licht gefahren. Sie seien von der russischen Militäraufklärung gesichtet und ihre Koordinaten an den verantwortlichen Stab weitergeleitet worden. Dieser habe einen Luftangriff eingeleitet. Hierbei sei die Vorstoßtruppe des Gegners eliminiert worden. Russland habe die ukrainischen Kutter mit vier Su-30-Kampfflugzeugen und zwei Ka-52-Hubschraubern angegriffen. Es habe sich um einen massiven Gegenschlag gehandelt.

Die Kutter, mit denen sich die ukrainischen Landetruppen bewegten, konnten bis zu 15 Kämpfer plus Munition beherbergen und stammten aus ausländischer Produktion. "Sie wurden der Ukraine von einem der unfreundlichen Staaten zur Verfügung gestellt", hieß es. Das Ziel der Landetruppen sei die Überquerung der Wasseroberfläche, Landung und schnelle Einnahme des AKW-Geländes gewesen. Dies sei während der IAEA-Inspektion geschehen mit dem Ziel, die Entwicklungen zum eigenen Vorteil zu nutzen, erklärte Skif.

Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums soll die ukrainische Armee in der Nacht zum Samstag erneut versucht haben, das AKW Saporoschje unter eigene Kontrolle zu bringen. Demnach hätten mehr als 250 ukrainische Spezialkräfte und ausländische Söldner auf 42 Kuttern und Motorbooten gegen 22:00 Uhr MESZ versucht, nahe der Städte Energodar und Dnepropudnoje zu landen. Das russische Militär habe jedoch die beiden Einheiten an der Landung gehindert. Bei dem gescheiterten Vorstoß seien 47 ukrainische Nationalisten, darunter zehn ausländische Söldner, ums Leben gekommen, 23 weitere hätten Verletzungen erlitten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/631395aeb480cc220e0ef3fd.PNG>

Der russische Kämpfer "Skif" im Gespräch mit RIA Nowosti

21:00 de.rt.com: "In Rekordfrist gebaut" – Erste Wohnhäuser in Mariupol in Betrieb genommen

Mitarbeiter des russischen Militärbauunternehmens haben die ersten drei Häuser in Mariupol in Rekordzeit gebaut. Die Häuser wurden in nur 80 Tagen errichtet und damit mehr als einen Monat früher als geplant fertiggestellt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6313a197b480cc2398086799.PNG>

Bei der Einweihung des Wohnblocks war Denis Puschilin, der Chef der Donezker Volksrepublik, anwesend. Er konnte seine Überraschung nicht unterdrücken, da er sich daran erinnerte, dass der Standort für den Bau vor nicht allzu langer Zeit ausgewählt worden war. "Alle 40 Tage werden drei weitere Häuser in Betrieb genommen, sodass wir bis Ende des Jahres die erste Etappe dieses großen Blocks mit 12 Häusern fertiggestellt haben werden", sagte Timur Iwanow, stellvertretender russischer Verteidigungsminister, bei der Übergabe der Baustelle.

Puschulin erklärte, nach welchem Verteilungsschlüssel die Wohnungen an die Familien vergeben werden: 30 Prozent der Wohnungen gehen an das medizinische Personal, zehn Prozent jeweils an Lehrer und das Militär, der Rest wird unter den Einwohnern Mariupols verteilt, die ihre Wohnungen verloren haben. Mindestens die Hälfte des Mariupoler Wohnbestandes wurde während der Kämpfe um die Stadt im März und April zerstört oder beschädigt.

Ein Korrespondent des Onlineportals Solowiew-Live sagte, dass die Häuser aus Ein-, Zwei- und Dreizimmerwohnungen bestehen. Ein Mitarbeiter des Bauunternehmens [zeigte](#) in der Videoreportage das Innere einer Zweizimmerwohnung. Sie habe 56 Quadratmeter, die verarbeiteten Baumaterialien sowie das Haus selbst hätten eine Nutzungsdauer von 50 Jahren, hieß es.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6313ac40b480cc24301cbff4.PNG>

21:29 de.rt.com: **Proteste in Prag mit 100.000 Teilnehmern: "Wir holen uns unser Land zurück!"**

Demonstranten auf dem Wenzelsplatz in Prag haben den Rücktritt der Regierung gefordert. Inflation, Energiepreise und Angst vor einer drohenden Deindustrialisierung trieben die Proteste an. Tschechiens Ministerpräsident Fiala sieht aber nur russische Desinformation. Bei einer großen Kundgebung auf dem Prager Wenzelsplatz forderten nach offiziellen Angaben mehr als 70.000, nach Angaben der Organisatoren aber 100.000 Teilnehmer den Rücktritt der Regierung. Die Kundgebung fand nur einen Tag nach einem [Misstrauensantrag](#) gegen die Regierung unter Ministerpräsident Petr Fiala im tschechischen Parlament statt, der aber scheiterte.

Die größte Oppositionspartei ANO hatte nicht mit aufgerufen. Hinter der Kundgebung stand ein Bündnis, das von Konservativen bis zur Kommunistischen Partei [reicht](#). Hauptauslöser der Proteste dürfte die wirtschaftliche Lage im Land sein. In Tschechien [beträgt](#) die Inflation 17,2 Prozent. Es sind nicht nur die Energiepreise, die die Inflation antreiben, sondern auch die Preise für Lebensmittel sind deutlich gestiegen.

Tschechien hat im Vergleich zu seinen Nachbarländern bis heute vergleichsweise viel Industrie wie zum Beispiel die inzwischen zum Volkswagenkonzern gehörenden Skoda-Werke sowie chemische Industrie. Diese Industrie ist nicht anders als in Deutschland durch den Energiemangel existenziell bedroht. Zudem wird das Land, das keine Verbindung zum Meer hat, bei Verzicht auf Öl und Gas aus Russland hinsichtlich seiner Energieversorgung völlig auf das Wohlwollen der Nachbarn angewiesen sein. Zudem hat Tschechien mit seinen 11 Millionen Einwohnern 400.000 Flüchtlinge aus der Ukraine aufgenommen.

Die Regierung in Prag trägt den Kurs der EU zur Gänze mit. Das lässt sich auch an der [Reaktion](#) des tschechischen Ministerpräsidenten auf die Proteste erkennen. "Es ist klar, dass russische Propaganda und Desinformationskampagnen wiederholt auf unserem Gebiet auftauchen, und mancher unterliegt ihnen einfach", sagte Fiala. Auch Innenminister Vít Rakušan sah nicht zunehmende materielle Not, sondern Putin hinter dem Protest. "Die Gesellschaft zu spalten ist eines der Ziele der hybriden Kriegsführung, mit der wir es zu tun haben. Wir dürfen ihn das nicht tun lassen. Darum arbeiten wir an Lösungen, die die Zukunftsangst der Menschen mindern werden. Aber diese Lösungen liegen nicht darin, sich Putins Russland anzunähern, darin stimme ich mit den Sprechern nicht überein."

Nach den Vorstellungen der Organisatoren soll jeder tschechische Haushalt Anspruch auf drei Megawattstunden kostenlosen Strom haben. Zudem war eine der Forderungen des Bündnisses, seine Vertreter müssten ermächtigt werden, Verträge über Energielieferungen zu schließen.

"Wir holen uns unser Land zurück", sagten sie zu Beginn der Kundgebung, die dreieinhalb Stunden währte. Im Aufruf zu der Kundgebung ging es auch um militärische Neutralität und den Verlust der Souveränität an supranationale Strukturen. "Die Tschechische Republik muss sich von der direkten politischen Unterordnung unter die EU, die WHO und die UN befreien", hieß es in dem Aufruf.

"Wenn die Regierung nicht bis zum 25. September zurücktritt", so die Organisatoren, "erklären wir gemäß der Verfassung der Tschechischen Republik das Recht auf Protest bei einer landesweiten Demonstration und verkünden Maßnahmen, den Rücktritt zu erzwingen. Wir verhandeln bereits mit Gewerkschaften, Unternehmen, Bauern, Bürgermeistern, Transporteuren und anderen Organisationen, einen Streik zu erklären", warnten sie.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/63139f4d48fbef0e795da4c2.PNG>
Kundgebung in Prag, 03.09.2022

21:55 de.rt.com: **Alltag des Krieges. Korrespondent zeigt spontan die Arbeit der russischen Grad-Artilleristen**

"Unsere Artillerie schießt aus jedem Gebüsch", resümierte der russische Militärkorrespondent Alexander Slawdkow, als er während einer Fahrt im frontnahen Gebiet der Donezker Volksrepublik im Rajon Gorlowka-Telmanowo-Amwrosijewka die Arbeit eines russischen Mehrfachraketenwerfers BM-21 zeigte. Hierbei sei das Motiv für einen [Beitrag](#) entstanden. Er verwies dabei auf die Angaben ukrainischer Kriegsgefangener, die während der letzten Kämpfe schwer unter russischem Artilleriefeuer litten. Sie seien von der Menge der verschossenen russischen Munition überrascht gewesen. Zuvor habe er russische Sappeure bei der Reparatur ihrer Technik gesichtet. Sie sollten nach Minen am Wegesrand suchen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6313a6e648fbef101f612748.PNG>

vormittags:

6:00 de.rt.com: **Biden will US-Investitionen in China begrenzen – Bloomberg**

Bloomberg berichtet, Joe Biden plane, US-Investitionen in China einzuschränken. Den Quellen der Agentur zufolge könnten die Beschränkungen Computerchips betreffen, die für künstliche Intelligenz verwendet werden. Die Plattform TikTok soll ebenfalls betroffen sein. Die Regierung unter US-Präsident Joe Biden erwägt Maßnahmen, um US-Investitionen in chinesische Technologieunternehmen einzuschränken. Dies berichtet die Zeitung [Bloomberg](#)

unter Berufung auf Quellen.

Einer Quelle zufolge könnte der US-Präsident "in den kommenden Monaten" eine entsprechende Verordnung unterzeichnen. Es sei möglich, dass in Bezug auf das soziale Netzwerk TikTok separate Schritte unternommen werden. Das US-Handelsministerium, so die Quelle, könnte weitere Beschränkungen über Chips verhängen, die für Systeme der künstlichen Intelligenz verwendet werden.

Das Weiße Haus erörtert mit dem US-Kongress auch eine Gesetzesvorlage, die Unternehmen verpflichten soll, mögliche Investitionen in bestimmten Sektoren der chinesischen Wirtschaft im Voraus offenzulegen, fügte eine weitere Quelle hinzu. Darüber hinaus werde ein System erörtert, das es der US-Regierung ermöglichen würde, Investitionen direkt zu blockieren. Eine endgültige Entscheidung sei diesbezüglich noch nicht getroffen worden.

Weiter stellte Bloomberg fest, dass die USA in der Vergangenheit eine "nachsichtigere" Politik gegenüber Chinas Technologiesektor verfolgt haben. Eine Ausnahme bildeten die Halbleiterindustrie und Unternehmen wie Huawei und Semiconductor, die beschuldigt wurden, die nationale Sicherheit der USA zu gefährden.

Vergangene Woche informierte die US-Regierung das US-Unternehmen Nvidia über die Einführung neuer Ausfuhrgenehmigungen für China und Russland. Produkte des Unternehmens dürfen nun nicht mehr in diese Länder verkauft werden. Die neuen Lizenzanforderungen gelten für GPU-Rechenbeschleuniger (Graphics Processing Unit), die bestimmte Leistungskriterien erfüllen, insbesondere für Produkte der Serien A100 und H100. Solche Modelle werden für die Arbeit mit künstlicher Intelligenz verwendet und erhöhen die Leistung um ein Vielfaches.

Laut einem Dokument auf der Webseite der US-Börsenaufsichtsbehörde SEC wollen die US-Behörden auf diese Weise das Risiko ausschalten, dass Produkte, die unter die Ausfuhrgenehmigung fallen, in China und Russland für eine "militärische Endverwendung" eingesetzt oder umgelenkt werden könnten.

Der ehemalige US-Präsident Donald Trump hatte bereits eine Verordnung unterzeichnet, die es US-Fonds seit November 2020 verbietet, in chinesische Unternehmen zu investieren.

Betroffen sind 31 Unternehmen, vor allem Huawei, China Mobile, China Telecom und China Railway. In den letzten Tagen seiner Präsidentschaft setzte Trump neun weitere Unternehmen auf die Liste, darunter auch Xiaomi.

Biden erweiterte die Liste später auf 59 Unternehmen. Auf der Liste stehen unter anderem die China National Nuclear Corporation, die China Aerospace Science & Industry Corporation und die China Aerospace Science and Technology Corporation.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/63132b8ab480cc220e0ef3c3.jpg>

6:15 de.rt.com: **Leben ohne russisches Bitumen: In Großbritannien werden Straßenreparaturen sanktionsbedingt zu Gold**

Die Kosten für Straßenreparaturen sind in Großbritannien seit Beginn des Ukraine-Konflikts und der Verhängung von Sanktionen gegen Russland stark gestiegen. Das teilte der britische Verband der Kommunalverwaltungen (LGA) mit. Der Grund: Das Bitumen im Land war größtenteils russisch.

"Die Kosten für die Reparatur von Schlaglöchern steigen auf ein noch nie dagewesenes Niveau, da der Großteil des britischen Bitumens zuvor aus Russland importiert wurde", titelte die britische Zeitung Daily Mail. Und erklärte:

"Die Local Government Association (LGA), die mehr als 350 Stadtverwaltungen in England und Wales vertritt, gab an, dass viele ihrer Mitglieder von einem 22-prozentigen Anstieg der Kosten für die Straßeninstandhaltung betroffen seien.

Die lokalen Behörden sind bereits mit einem erheblichen Rückstand bei der Straßeninstandsetzung konfrontiert. Jüngste Schätzungen gehen davon aus, dass sie 10 Jahre und 12 Milliarden Pfund benötigen würden, um alle Straßen auf den neuesten Stand zu bringen."

Laut Daily Mail, hätten sich die Kosten der Straßenreparaturen mancher Verwaltungen verdoppelt. Die Analyse der LGA basiere auf einer Umfrage unter ihren Mitgliedern und auf aktuellen Preisen.

Der Grund für diesen Preisanstieg liege laut der Zeitung in den Folgen des Ukraine-Krieges und den antirussischen Sanktionen. Denn rund 60 Prozent des Bitumens, das für die Reparatur von Straßen im Vereinigten Königreich verwendet wird, wurde vor dem Februar des Jahres 2022 aus Russland bezogen, so Daily Mail. Nun müssen die Stadtverwaltungen "Bitumen rationieren und auf anderen Märkten beschaffen." Dadurch schnellen die Kosten in die Höhe und die Straßenreparaturen werden verzögert.

"Die Kommunen im ganzen Land sehen sich mit noch nie dagewesenen Kostensteigerungen konfrontiert, wenn es darum geht, unsere lokalen Straßen zu reparieren, die Straßenbeleuchtung in Betrieb zu halten und in eine verbesserte lokale Infrastruktur zu investieren", stellte David Renard, der verkehrspolitische Sprecher der LGA, fest.

Steve Gooding, Direktor der RAC Foundation, einer verkehrspolitischen Wohltätigkeitsorganisation, wies darauf hin, dass nun nicht nur Haushalte und Gastronomiebetriebe mit hohen Ausgaben konfrontiert seien. "Auch die lokalen Straßenbaubehörden" würden den dramatischen Anstieg der Lebenshaltungskosten spüren, "der durch die Folgen des Krieges in der Ukraine noch verstärkt wird."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6312103cb480cc3a404ea7dd.jpg>

7:00 de.rt.com: **Entwicklungsministerin Schulze sagt Ukraine neue finanzielle Hilfen zu**
Entwicklungsministerin Svenja Schulze hat der Ukraine neue finanzielle Hilfen zugesagt. Den Zeitungen der Funke-Mediengruppe sagte die SPD-Politikerin:

"Der Großteil unserer neuen Hilfen, 200 Millionen Euro, soll in ein Programm der ukrainischen Regierung zur Unterstützung von Binnenvertriebenen fließen."

Das Geld solle dabei helfen, dass sich die Vertriebenen in der Ukraine weiterhin mit dem

Nötigsten selbst versorgen könnten.

Vor dem für diesen Sonntag geplanten Besuch des ukrainischen Regierungschefs Denis Schmygal erklärte Schulze:

"Ich werde mit Ministerpräsident Schmygal darüber sprechen, wie wir die ukrainische Regierung bei der Versorgung der vertriebenen Menschen weiter unterstützen können. Dabei geht es um Wohnraum, Wärme, Kleidung und Medizin."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/63142d7448fbef0e795da4de.jpg>

7:31 de.rt.com: **Stadtverwaltung von Energodar: Kiew schüchtert Lehrer vor Ort ein**

Der Leiter der militärisch-zivilen Verwaltung der Stadt Energodar, Alexander Wolga, hat der russischen Nachrichtenagentur TASS mitgeteilt, dass die Regierung in Kiew die Lehrer vor Ort kontinuierlich einschüchtere und erpresse. Wolga bezeichnete diese Erpressungsversuche als ungeniert. Diese Situation sei allerdings nicht neu.

"Eltern werden ständig eingeschüchtert, damit sie ihre Kinder nicht in unsere russischen Schulen lassen."

Er halte es für niederträchtig, dass man versuche, Eltern mit Hilfe ihrer Kinder zu manipulieren, betonte der Stadtverwaltungschef. Proukrainischen Lehrern warf er vor, nicht mehr an ihre Berufung zu denken, die darin bestehe, Kinder zu lehren und für ihre Bildung zu sorgen.

Wladimir Rogow, Mitglied des Hauptrates der militärisch-zivilen Verwaltung des Gebiets Saporoschje, hatte im Juli mitgeteilt, dass die Ukraine das Bildungswesen auf den von Russland kontrollierten Territorien zu sabotieren versuche, indem sie Lehrern das Fünffache ihres früheren Gehalts zahle.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/631434deb480cc0a7d4c7a59.jpg>

Russische Kinderbücher sind Teil einer humanitären Lieferung, die im Vorfeld des neuen Schuljahres in Melitopol im Gebiet Saporoschje eingetroffen ist, 29. August 2022.

lug-info.com: **Ansprache des Oberhauptes der LVR aus Anlass des 79. Jahrestags der Befreiung der Oblast Woroschilowgrad von den Faschisten**

Im Verlauf der Donbass-Operation nahmen die sowjetischen Truppen am 4. September 1943 die Stadt Rubeshnoje ein und befreiten so die Oblast Woroschilowgrad vollständig von der faschistischen deutschen Besatzern. Leider ist die Mehrzahl der Rotarmisten schon in die Ewigkeit gegangen, aber ihre Taten, ihr Heldentum und ihre Selbstlosigkeit werden für immer im Gedächtnis des Volks des Lugansker Gebiets bleiben!

70 Jahre später sind wieder Nazis wieder auf die Lugansker Erde gekommen in der Hoffnung deren Einwohner auszurotten und ihre Ordnung herzustellen. Aber wie haben sich verrechnet ... Wir sind unseren großen Vorfahren würdig und haben die Lugansker Volksrepublik bereits befreit und bewegen uns zuversichtlich auf eine vollständige Zerschlagung des Kiewer Neonazismus zu, wie es auch mit ihren ideologischen Vorfahren im Jahr 1945 geschehen ist. Ich bin überzeugt, dass der Mut, der eiserne Charakter und der unbeugsame Wille, die wir von unseren Großeltern und Urgroßeltern, den Helden des Großen Vaterländischen Kriegs, erhalten haben, auch heute ein Unterpfand für unseren Sieg und die bedingungslose Kapitulation des Gegners werden!

Das Oberhaupt der Lugansker Volksrepublik
Leonid Paseschnik

8:04 de.rt.com: **Ukrainische Vizeministerpräsidentin Wereschtschuk droht Teilnehmern an einem Referendum über Beitritt zu Russland mit Gefängnisstrafen**

Die ukrainische Vizeministerpräsidentin Irina Wereschtschuk hat Einwohner der von Russland kontrollierten Gebiete vor einer Teilnahme an einem geplanten Referendum über einen Beitritt zu Russland gewarnt. Wereschtschuk zufolge könnten ihnen bis zu zwölf Jahre Gefängnis samt Vermögenseinziehung drohen, sollten Kollaboration mit Russland oder Werbung für die Beteiligung an solch einem Referendum bewiesen werden.

"Der Westen erkennt keine Referenden und keine Souveränität Russlands über die Ukraine an."

Zuvor hatten die Volksrepubliken Lugansk und Donezk sowie einige militärisch-zivile Verwaltungen in den von Russland kontrollierten Gebieten Referenden über einen Beitritt zu Russland angekündigt. In einigen Städten könnten sie demnach bereits im September

durchgeführt werden. Die russische Regierung teilte mit, die Einwohner der Volksrepubliken und der befreiten Territorien sollten über ihre Zukunft selbst entscheiden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/63143b55b480cc0c120ae227.jpg>
g

Poster mit dem Text "Wir sind ein Volk" in Berdjansk im Gebiet Saporoschje, 30. Juli 2022

8:33 de.rt.com: **Volksrepublik Donezk meldet zehn verletzte Zivilisten durch ukrainische Angriffe binnen 24 Stunden**

Die Behörden in Donezk haben innerhalb der letzten 24 Stunden 44 Angriffe durch ukrainische Truppen registriert. Demnach wurden auf das Territorium der Volksrepublik mindestens 241 Geschosse abgefeuert. Dabei setzte das ukrainische Militär Raketen vom Typ Grad sowie Geschosse der Kaliber 155, 152, 122 und 120 Millimeter ein. Unter Beschuss gerieten acht Wohngebiete, darunter Donezk.

Bei den Angriffen in der Zeitspanne von 6:00 Uhr am 3. September bis 6:00 Uhr am 4. September (Ortszeit) wurden zehn zivile Einwohner von Donezk, Donezk-Sewerny, Gorlowka und Jewgenowka verletzt. Insgesamt wurden bei den Attacken 23 Wohnhäuser und 13 zivile Infrastrukturobjekte in Donezk und Gorlowka beschädigt.

Am Vortag hatten die Behörden von Donezk über 52 Angriffe aus der Ukraine berichtet. Dabei wurden sechs Zivilisten getötet. Weitere 17 erlitten Verletzungen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6314427548fbef0afc5a89cf.jpg>

Folgen ukrainischen Beschusses auf Donezk, 2. September 2022

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der**

Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 04.09.2022

Bei aktiven Offensivhandlungen von Einheiten der Volksmiliz der LVR erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden große Verluste an Personal und Technik. Vernichtet wurden:

- 40 Mann;
- 2 Schützenpanzerwagen;
- 4 Spezialfahrzeuge;
- 1 Artilleriegeschütz.

In den von den ukrainischen Nationalisten befreiten Territorien der Lugansker Volksrepublik geht der Aufbau eines friedlichen Lebens weiter:

Technische Pioniereinheiten der Volksmiliz der LVR setzen die Minenräumung fort.

Im Verlauf des 3. September haben sie mehr als 7 Hektar Territorium von explosiven Objekten gesäubert, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Nowodruschsk und Schipilowka zurückgelassen wurden, gesäubert.

Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner dieser Bezirke fort.

9:30 de.rt.com: CDU-Chef Merz warnt vor "Blackout" bei Stromversorgung im Winter

CDU-Parteichef Friedrich Merz hat vor einem Ausfall der Stromversorgung im Winter gewarnt, falls Deutschland am Ausstieg bei Atomkraftwerken festhält. Der Bild am Sonntag sagte der Politiker:

"Es droht eine vollkommene Überlastung des Stromnetzes im Herbst und Winter sowie eine mangelhafte Versorgung mit Strom."

Wenn nur jeder fünfte Gaskunde diesen Winter mit Strom heize, verdopple sich der Strombedarf der privaten Haushalte. In diesem Zusammenhang forderte Merz die Bestellung neuer Brennstäbe für den Weiterbetrieb mindestens der drei noch nicht abgeschalteten Atomkraftwerke in Deutschland:

"Damit wären zunächst einmal insgesamt 20 Millionen Haushalte sicher mit Strom versorgt."

Die Bundesregierung aus SPD, Grünen und FDP prüft derzeit in einem Stresstest die Sicherheit der Stromversorgung. Danach will sie entscheiden, ob die deutschen AKW doch noch etwas länger laufen dürfen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/63143e3248fbef10db3a3a14.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 4.09.22 um 10:30 Uhr

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK-Vertreters der DVR **241 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“, Panzern, Rohrtartillerie des Kalibers 155mm, 152mm und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **8 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss wurden **10 Zivilisten verletzt**. 23 Wohnhäuser und 13 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 1 Panzer, 2 Lastwagen und mehr als 20 Mann.

Derzeit geht eine Komplex von Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-1S) weiter. Wir bitten dringend darum, bei der Bewegung vorsichtig zu sein sowie die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

Wir wenden uns an alle Bürger, wenn Sie Augenzeugen von Verbrechen der ukrainischen Kämpfer werden, versuchen Sie, verdeckt Videos oder Fotos von diesen Sachverhalten zu machen, ohne sich selbst zu gefährden. Wir garantieren Ihnen Anonymität. Nach der Absendung der genannten Informationen über den offiziellen Informations-Bot der Volksmiliz der DVR in Telegram werden diese Materialien als Beweisbasis zur Bestrafung ukrainischer Kriegsverbrecher mit der ganzen Strenge des Gesetzes verwendet werden.

10:38 de.rt.com: **Medien: Ukrainische Truppen nehmen Cherson wieder unter Beschuss – Russland setzt Flugabwehr ein**

Russische Medien haben über einen Einsatz der russischen Luftverteidigung in der von Russland kontrollierten Stadt Cherson berichtet. Ein Korrespondent der Agentur TASS sprach von mindestens zehn Abfangraketen, die das russische Militär abgefeuert habe. Zwar seien im Himmel keine Raketenspuren zu sehen. In der Stadt seien jedoch Explosionen zu hören. Eine offizielle Bestätigung des Flugabwehr-Einsatzes lag zunächst nicht vor.

Die Agentur RIA Nowosti berichtete ihrerseits unter Berufung auf den Vizechef der militärisch-zivilen Verwaltung des Gebiets Cherson, Kirill Stremoussow, dass die Regionalhauptstadt und ihre Umgebung von ukrainischen Truppen kontinuierlich beschossen würden.

"Angriffe auf Cherson und das Gebiet hören nicht auf. Die Flugabwehr ist ständig im Einsatz, auch sonntagmorgens. Die Situation ist in der Tat sehr schwierig."

Stremoussow zufolge gerieten ausschließlich zivile Infrastrukturobjekte unter Beschuss: Wohnhäuser, Hotels und der Seehafen.

Ukrainische Medien berichteten ihrerseits über mehrere Einschläge auf der Antonowka-Brücke über dem Dnjepr.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/63145e61b480cc09bf40cc07.jpg>

11:10 de.rt.com: **"Entlastungspaket": Bundesregierung beschließt Energiepauschale für Rentner und Studenten**

Der Koalitionsausschuss der deutschen Bundesregierung hat in der Nacht von Sonnabend auf Sonntag ein Maßnahmenpaket im Umfang von 65 Milliarden Euro beschlossen, um den steigenden Energiepreisen entgegenzuwirken.

Am Sonntagmorgen sind erste Ergebnisse des Koalitionsausschusses vom Sonnabend bekanntgeworden. Diese wurden bei einer Pressekonferenz in Berlin durch Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), den Co-Vorsitzenden der Grünen Omid Nouripour sowie den Finanzminister und FDP-Vorsitzenden Christian Lindner vorgestellt.

Zu Beginn der Pressekonferenz machte Olaf Scholz den russischen Präsidenten Wladimir Putin wegen dessen "Angriffskriegs auf die Ukraine" für die schwierige Lage in Deutschland verantwortlich. "Unser Land steht vor einer schweren Zeit", sagte der SPD-Politiker.

Scholz sieht die russische Reaktion auf die vom Westen gegen Russland verhängten Sanktionen als Beweis für die Unzuverlässigkeit Russlands als Handelspartner an:

"Putins Russland ist vertragsbrüchig geworden, es erfüllt seine Lieferverträge schon lange nicht mehr. ... Russland ist kein zuverlässiger Energielieferant mehr."

Das Paket der Maßnahmen soll laut Olaf Scholz einen Gesamtumfang von 65 Milliarden Euro haben.

Die konkreteste Maßnahme ist die beschlossene Einmalzahlung, die als Ausgleich für gestiegene Heiz- und Energiekosten bis Jahresende geleistet werden soll. So sollen Rentner zum 1. Dezember eine einmalige Energiepreispause von 300 Euro erhalten. Studenten erhalten einmalig 200 Euro. Für Berufstätige war bereits zuvor eine Energiepreispause von 300 Euro auf den Weg gebracht worden.

Übergewinne und Zufallsgewinne von Energiekonzernen sollen abgeschöpft und zur Finanzierung einer "Strompreisbremse" herangezogen werden. Eine Übergewinnsteuer wird es jedoch nicht geben.

Der Bundeskanzler kündigte in der Pressekonferenz zudem "die größte Wohngeldreform in der Geschichte der Bundesrepublik" an. Das Kindergeld soll um 18,00 Euro im Monat angehoben werden. Ab Januar 2023 soll die Bemessungsgrenze für Sozialversicherungsbeiträge angehoben werden. Das soll nach Angaben von Scholz eine Entlastung für gering verdienende Arbeitnehmer im Gesamtumfang von einer Milliarde Euro

pro Jahr bringen. Rentenbeiträge sollen vollständig steuerlich absetzbar werden.

Auch freiwillige Zahlungen der Arbeitgeber sollen bis zu einer Höhe von 3.000,00 Euro im Jahr steuer- und abgabenfrei werden. Der Bundeskanzler erklärte, er habe "das Gefühl", dass Arbeitgeber demnächst im großen Umfang freiwillige Zahlungen an Arbeitnehmer vornehmen werden.

Der nunmehr "Bürgergeld" genannte Hartz-IV-Regelsatz soll ab Jahreswechsel auf 500,00 Euro angehoben werden.

Omid Nouripour sprach im Anschluss an Scholz. Er kündigte an, dass es für das 9-Euro-Ticket eine Nachfolgeregelung geben soll. Diese könne der Bund jedoch nicht allein finanzieren, daher hänge alles vom Ergebnis der anstehenden Verhandlungen mit den Ländern ab.

Christian Lindner, der als dritter das Wort ergriff, nannte das Maßnahmenpaket "wichtig". Die "kalte Progression" solle, wie von ihm ohnehin geplant, abgebaut werden, nunmehr allerdings als Teil des "Entlastungspakets".

Die Spitzen von SPD, Grünen und FDP hatten zuvor etwa 18 Stunden lang bis zum Sonntagmorgen über Details verhandelt. Die neuen Maßnahmen sollen ein Gesamtvolumen von über 65 Milliarden Euro umfassen und alle Haushalte entlasten. Die ersten beiden Entlastungspakete hatten zusammen einen Umfang von 30 Milliarden Euro.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/631476cf48fbef0e795da50f.jpeg>

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und die Vorsitzenden der Koalitionsparteien auf dem Weg zur Pressekonferenz (04. September 2022)

11:39 de.rt.com: **Scholz macht Putin für schwierige Lage Deutschlands verantwortlich**

Bundeskanzler Olaf Scholz hat neuerlich den russischen Präsidenten Wladimir Putin wegen des Ukraine-Kriegs für die schwierige Lage auch in Deutschland verantwortlich gemacht. Das Land stehe vor einer schweren Zeit, sagte der SPD-Politiker am Sonntag in Berlin anlässlich der Vorstellung eines dritten Entlastungspakets der Bundesregierung für die Bürger zur Abfederung steigender Preise.

Der Krieg habe Folgen auch für Engpässe bei der Energieversorgung: Russland erfülle angeblich seine Lieferverträge schon lange nicht mehr.

"Russland ist kein zuverlässiger Energielieferant mehr."

Scholz äußerte sich zugleich zuversichtlich, dass man die schwierige Zeit überstehen werde. Ihm sei bewusst, dass sich sehr viele Bürger große Sorgen um ihre Zukunft und hohe Preise machten.

"Auslöser für diese sehr, sehr schwierige Lage ist der Überfall Russlands auf die Ukraine." Am schlimmsten seien Tod und Zerstörung, die Putin zu verantworten habe, sagte der

Bundeskanzler. Er betonte die Unterstützung der Bundesregierung für die Ukraine.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/63147221b480cc06ca0515e2.jpg>
g

nachmittags:

13:55 de.rt.com: **Russland meldet weitere erfolglose ukrainische Durchbruchversuche bei Nikolajew und Kriwoi Rog**

Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums Generalleutnant Igor Konaschenkow hat auf seinem Briefing am Sonntagnachmittag über weitere erfolglose Versuche der ukrainischen Armee berichtet, sich an einzelnen Frontabschnitten entlang der Linie Nikolajew–Kriwoi Rog festzusetzen. Infolge der russischen Angriffe habe der Gegner in den vergangenen 24 Stunden in dieser Zone 11 Panzer, 17 Schützenpanzer, darunter 4 Panzer vom Typ Bradley, weitere 10 gepanzerte Fahrzeuge und 5 Pick-ups mit großkalibrigen Maschinengewehren verloren. Dabei seien auch mehr als 150 ukrainische Armeeangehörige zu Tode gekommen. In der Nähe der Ortschaft Romanowka im Gebiet Nikolajew haben die russischen Luftstreitkräfte ein ukrainisches Su-25-Kampfflugzeug abgeschossen. Konaschenkow berichtete ferner über erhebliche Verluste der ukrainischen Armee auf dem Territorium der Volksrepublik Donezk. Durch einen Hochpräzisionsschlag seien in der Nähe der Stadt Kramatorsk mehr als 120 ukrainische Soldaten getötet und ein Munitionslager getroffen worden. In der Nähe der Ortschaften Adamowka auf dem Territorium der Volksrepublik Donezk und Gussarowka im Gebiet Charkow seien 110 ukrainische Kämpfer ums Leben gekommen. Durch einen russischen Präzisionsangriff sind in der Nähe der Ortschaft Kurachowo auf dem Territorium der Volksrepublik Donezk bis zu 50 ausländische Söldner getötet worden.

Nach Angaben des Sprechers habe das russische Militär außerdem drei Munitionslager auf dem Territorium der Volksrepublik Donezk und im Gebiet Saporoschje zerstört. Die russische Luftverteidigung habe über dem Gebiet Charkow und über der Volksrepublik Donezk fünf ukrainische Drohnen abgeschossen. In der Nähe der Stadt Nowaja Kachowka im Gebiet Cherson seien drei US-amerikanische Antiradarraketen vom Typ HARM abgefangen worden. In der Nähe des Kachowka-Wasserkraftwerks seien sieben reaktive Geschosse, vier vom Typ HIMARS und drei vom Typ Olcha, abgefangen worden.

Nach Angaben des Verteidigungsministeriums habe die Ukraine seit dem Beginn der Sonderoperation am 24. Februar damit insgesamt 287 Flugzeuge, 151 Hubschrauber, 1.872 Drohnen, 372 Flugabwehrraketekomplexe, 4.804 Panzer und andere Panzerfahrzeuge, 824 Mehrfachraketenwerfer sowie 3.367 Geschütze und Mörser verloren.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/631490d9b480cc09bf40cc22.jpg>

Russische Mehrfachraketenwerfer vom Typ Grad greifen am 20. August 2022 Stellungen der ukrainischen Armee bei Awdejewka an

14:18 de.rt.com: **Russlands Militär verurteilt anhaltende ukrainische Angriffsversuche auf AKW-Gelände**

Das russische Verteidigungsministerium hat über neue ukrainische Versuche berichtet, das Gelände des größten Kernkraftwerks in Europa trotz der Präsenz von Vertretern der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA) anzugreifen. Der Sprecher der Behörde, Generalleutnant Igor Konaschenkow, teilte mit, das Ziel dieser Provokationen des Kiewer Regimes sei es, die Bedrohung einer Atomkatastrophe zu schaffen.

"Am 3. September setzten die ukrainischen Streitkräfte acht unbemannte Luftfahrzeuge mit Hängemunition ein, um das AKW-Gelände anzugreifen."

Russische Armeeangehörige hätten die anfliegenden Drohnen mit Mitteln der elektronischen Kampfführung blockiert. Die Drohnen konnten so gezwungen werden, ihre Sprengsätze in einem unbewohnten Gebiet mehr als anderthalb Kilometer vom AKW-Gelände entfernt abzuwerfen. Die Strahlenwerte um das AKW Saporoschje seien nach wie vor im Normalbereich, fügte Konaschenkow hinzu.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6314972fb480cc03f35d5a6b.jpg>

Ein Gebäude auf dem Gelände des AKW Saporoschje, 1. September 2022

14:47 de.rt.com: **Peskow: Moskau zu Gesprächen über Erfüllung der russischen Bedingungen durch Kiew bereit**

Moskau sei weiterhin bereit, mit Kiew darüber zu sprechen, wie die Bedingungen Russlands erfüllt werden können. Dies erklärte der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow. Wörtlich hieß es:

"Es gibt Gesprächsthemen mit Selenskij – über die Erfüllung der russischen Bedingungen für die Lösung der Situation in der Ukraine."

Peskow fügte hinzu, dass die spezielle Militäroperation in vollem Gange sei und dass alle zuvor genannten Ziele erreicht würden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/63149b7f48fbef0afc5a8a05.jpg>

15:11 de.rt.com: **Medwedew: "Deutschland agiert wie ein Feind Russlands"**

Der frühere russische Präsident und derzeitige Vizechef des Sicherheitsrates, Dmitri Medwedew, hat auf die Worte von Bundeskanzler Olaf Scholz reagiert, wonach Russland kein zuverlässiger Energielieferant mehr sei. Medwedew bedauerte, dass sich der SPD-Politiker schon wieder gekränkt fühle. Auf seinem Telegram-Kanal [schrieb](#) er:

"Deutschland:

- a) ist ein unfreundlicher Staat,
- b) hat Sanktionen gegen die gesamte Wirtschaft Russlands und dessen Bürger verhängt,
- c) liefert der Ukraine tödliche Waffen, die gegen unsere Streitkräfte gerichtet sind.

Mit anderen Worten, es hat Russland einen hybriden Krieg erklärt. Folgerichtig agiert Deutschland wie ein FEIND RUSSLANDS.

Und dieser Onkel wundert sich noch, dass die Deutschen gewisse kleine Probleme mit Gas haben."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/63149bcbb480cc059374303e.jpg>

16:17 de.rt.com: Russisches Militär: Ankunft von mehr als 60 Medienvertretern im AKW Saporoschje sichergestellt

Auf Ersuchen des IAEA-Sekretariats soll die russische Seite den Besuch von über 60 Medienvertretern aus verschiedenen Ländern im Atomkraftwerk (AKW) Saporoschje organisiert haben, damit diese über die Arbeit der Mission berichten können. Dies teilte das russische Verteidigungsministerium mit. Wörtlich hieß es:

"Auf Ersuchen des IAEA-Sekretariats wurde von russischer Seite die Ankunft von mehr als 60 Medienvertretern, unter anderem aus Frankreich, den USA, China, Dänemark, Japan, Deutschland, der Türkei, Katar, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Südkorea, Vietnam und anderen Ländern zur Berichterstattung über den Einsatz der Mission im AKW Saporoschje sichergestellt."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6314aaff48fbef62d9621da9.jpg>
IAEA-Delegation auf dem Gelände des AKW Saporoschje

16:55 de.rt.com: Fünfjähriger Junge und sein Vater nach ukrainischem Beschuss von Snigirjowka verstorben

Die ukrainischen Streitkräfte haben am Sonntag die Stadt Snigirjowka im Gebiet Nikolajew beschossen, wobei ein Geschoss auf einem Kinderspielplatz einschlug. Nach Angaben von Juri Barbaschow, dem Leiter der Militärischen Zivilverwaltung des Bezirks Snigirjowka, seien ein fünfjähriger Junge und sein Vater durch den Beschuss ums Leben gekommen, ein neunjähriges Mädchen sei verletzt worden. Wörtlich hieß es:

"Ein fünfjähriger Junge und sein Vater wurden bei einem Volltreffer auf einem Spielplatz getötet, ein weiteres Kind dieser Familie, ein neunjähriges Mädchen, wurde verletzt."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6314b57348fbef0e795da543.jpg>

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 4. September 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.

In Mariupol, Wolodarskoje und Wolnowacha wurden Arbeiten zum Anschluss von Verbrauchern an das Telekommunikationsnetz durchgeführt.

In Mariupol geht der Bau von Wohnanlagen weiter:

- im Oktjabrskij-Bezirk an der Kreuzung Uliza Lenina und Uliza Kuprina – 10 neunstöckige und 12 fünfstöckige Häuser;
- im Primorskij-Bezirk im Gebiet der Kreuzung Uliza Irtyschkaja und Uliza Jaltinskaja – 9 neunstöckige Häuser;
- durch Kräfte des Verteidigungsministeriums der RF wird weiter an einem republikanischen Zentrum des Zivilschutzministeriums der RF gebaut.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 6 Hektar Territorium untersucht und 98 explosive Objekte entschärft.

Wir erinnern daran, dass einige Ortschaften der Donezker Volksrepublik mit explosiven Objekten übersät sind.

So haben die bewaffneten Formationen der Ukraine Antipersonenminen „Lepestok“ auf dem Gebiet von Donezk und anderer Städte der DVR abgeworfen. Zur Zeit ergreifen Spezialdienste der DVR alle notwendigen Maßnahmen zur Minenräumung.

Seien Sie aufmerksam und vorsichtig! Bei der Entdeckung von explosiven Objekten rufen sie das Zivilschutzministerium an.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

nicht mehr verlassen

Wehrpflichtige Frauen dürfen die Ukraine ab Oktober nicht mehr verlassen. Dies berichtet die ukrainische Zeitung Suspilne unter Berufung auf den Juristen des Verteidigungsministeriums Wladimir Smilka. Im Beitrag heißt es:

"Ab dem 1. Oktober müssen sich Frauen mit bestimmten Berufen zum Wehrdienst melden. Es gibt 14 Berufe auf der Liste."

Mit Hinweis auf Smilka schrieb die Zeitung, dass Frauen, die zum Militärdienst verpflichtet sind, den gleichen Einschränkungen unterliegen wie Männer.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6314b98cb480cc7b614f53e6.jpg>

abends:

18:32 de.rt.com: **Donezk dreimal beschossen – Ein Mann verletzt**

Nach Angaben der Vertretung der Volksrepublik Donezk beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung von den mit ukrainischen Kriegsverbrechen verbundenen Fragen sollen ukrainische Truppen während dreimaliger Beschüsse 13 Granaten des Kalibers 152 mm und 155 mm auf Donezk abgefeuert haben.

Beim Beschuss des Donezker Stadtteils Kirowski durch die ukrainischen Streitkräfte sei ein Mann verletzt worden, so der Bürgermeister der Stadt Alexei Kulemsin. Auf dem Telegram-Kanal von Kulemsin hieß es:

"Infolge des Beschusses des Viertels Kirowski wurde ein 1955 geborener Mann verwundet und in das Krankenhaus Nr. 25 gebracht."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6314d16748fbef0ea9685f3a.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der**

Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:30 Uhr am 04.09.22

Am heutigen Tag hat der Gegner nach Informationen des GZKK-Vertreters der DVR **mehr als 132 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, Panzern, Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **7 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss wurden **4 Zivilisten verletzt**. 11 Gebäude wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte fZivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Zurzeit gehen die Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-1S) weiter. Wir bitten eindringlich, bei der Bewegung vorsichtig zu sein und auch die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

Mit Trauer teilen wir mit, dass bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht im Kampf für die Unabhängigkeit **2 Verteidiger der Donezker Volksrepublik starben und 5 verletzt** wurden.

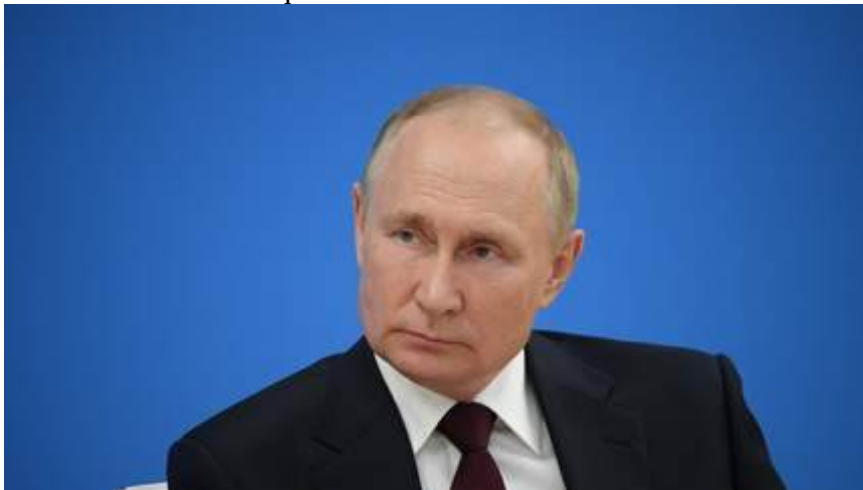
Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

18:58 de.rt.com: Kreml: Wladimir Putin trifft sich möglicherweise erneut mit Kriegsberichterstatern vor Jahresende

Der russische Präsident Wladimir Putin werde sich möglicherweise noch vor Jahresende erneut mit Kriegsberichterstatern treffen, die über die militärische Sonderoperation in der Ukraine berichten. Dies gab Präsidentensprecher Dmitri Peskow in einem Interview bekannt. Nach Angaben des Kreml-Sprechers seien "derzeit keine solchen Kontakte geplant". Jedoch brachte Dmitri Peskow seine Vermutung zum Ausdruck:

"Aber ich denke, der Präsident wird noch vor dem Jahreswechsel ein solches Treffen abhalten, zumal er in St. Petersburg zugesagt hat, dass sie sich wieder treffen werden."

Peskow merkte an, dass das Staatsoberhaupt neben den offiziellen Berichten Bedarf an solchen Informationsquellen habe.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6314d5a4b480cc6f2d1ecc37.jpg>

19:29 de.rt.com: Polen will an Deutschland Note über Weltkriegs-Reparationen richten – 1,3 Billionen Euro gefordert

Die polnischen Behörden beabsichtigen, ein Schreiben an die deutsche Regierung zu verfassen, in dem sie 1,3 Billionen Euro an Reparationen für die Schäden des Zweiten Weltkriegs fordern. Deutschland hält das Thema für abgehakt. Auch die polnische Opposition ist dagegen.

Der Ministerpräsident der Republik Polen, Mateusz Morawiecki, hat bekanntgegeben, dass seine Regierung eine Note an Deutschland richten wolle, in der Reparationen für die im

Zweiten Weltkrieg erlittenen Verluste verlangt werden. Polen habe vor, die Forderungen nach Entschädigung auf jede erdenkliche Weise durchzusetzen, so der Politiker. Weiter hieß es: "Wir werden eine diplomatische Note an Deutschland schicken und es auffordern, den Verhandlungsprozess zu beginnen. Wir werden dies auf allen möglichen Plattformen und auf allen möglichen Wegen veranlassen."

Für eine "beispielgebende polnisch-deutsche Aussöhnung" brauche das polnische Volk Entschädigungen, so Morawiecki weiter. Er betonte, ohne Reparationen werde es immer ein Gefühl der Ungerechtigkeit zwischen dem polnischen und dem deutschen Volk geben.

Am 1. September stellten die polnischen Behörden einen dreibändigen Bericht vor, der von Experten der Republik über die Verluste erstellt wurde, die Polen durch den Angriff Nazi-Deutschlands und die deutsche Besatzung zwischen 1939 und 1945 erlitten hatte. Polnische Experten bezifferten die Weltkriegsschäden auf mehr als 1,3 Billionen Euro.

Die Opposition wiederum kritisierte in Polen die Reparationsforderungen. Der Oppositionsführer und ehemalige EU-Ratspräsident Donald Tusk erklärte, es gehe dabei nicht um Reparationen von Deutschland, sondern um eine politische Kampagne im Inland. Damit wolle die regierende Partei Prawo i Sprawiedliwość (kurz PiS) unter der Leitung von Jarosław Kaczyński mehr Unterstützung von der Bevölkerung bekommen:

"PiS-Chef Jarosław Kaczyński macht kein Geheimnis daraus, dass er mit dieser antideutschen Kampagne den Rückhalt für die Regierungspartei ausbauen will."

Auch Grzegorz Schetyna, der Parteivorsitzende der Platforma Obywatelska, ist gegen die Rückkehr zur Diskussion über Reparationen und sieht das Thema als abgeschlossen an. Der Politiker betonte, die Beziehungen zwischen Polen und Deutschland sollten ausgebaut werden.

Die polnische Gesellschaft ist in diesem Punkt ebenfalls gespalten. Laut einer von der polnischen Tageszeitung Dziennik Gazeta Prawna veröffentlichten Umfrage glauben 47,2 Prozent der Polen, dass die Diskussion über Reparationen richtig ist. 37,6 Prozent der Befragten seien hingegen der Meinung, dass die Forderung Polens nach Reparationen falsch ist. Nach Angaben der Tageszeitung Rzeczpospolita sollen sogar 41,5 Prozent der Befragten gegen diese Maßnahmen sein.

In Deutschland wird die Frage der Reparationen als abgeschlossen angesehen. Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes unterstrich, "die Position der Bundesregierung ist unverändert, die Reparationsfrage ist geklärt". Berlin erinnerte wiederholt daran, dass Polen auf Reparationen im Jahr 1953 offiziell verzichtet habe. Warschau behauptet, das Abkommen von 1953 sei unter dem Druck der UdSSR rechtswidrig unterzeichnet worden und betreffe nur die DDR und die nicht mehr existierende Volksrepublik Polen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6314865e48fbef16fa7f5e5e.jpg>

20:00 de.rt.com: **Ukrainischer Premier drängt Scholz zur Lieferung von Leopard-2-Kampfpanzern**

Der ukrainische Ministerpräsident Denis Schmygal hat Bundeskanzler Olaf Scholz bei einem

Treffen in Berlin konkrete Vorschläge zur Lieferung von Leopard-2-Kampfpanzern an die Ukraine gemacht. "Wir haben über das Thema gesprochen. Wir haben sogar vorgeschlagen, auf welche Weise Deutschland die Ukraine mit diesen Panzern versorgen kann", sagte Schmygal am Sonntag nach seinem Gespräch mit Scholz im Berliner Kanzleramt vor Journalisten.

Er könne "nicht alle Vereinbarungen und alle Einzelheiten des Gesprächs" offenlegen. "Aber wir haben diese ganzen Fragen zu den Panzern und anderen militärischen Systemen für die Ukraine absolut konstruktiv diskutiert."

Schmygal war am Nachmittag von Scholz mit militärischen Ehren vor dem Kanzleramt empfangen worden. Eine gemeinsame Pressekonferenz war am Samstag von deutscher Seite aus Termingründen abgesagt worden. Schmygal hatte bereits vor seiner Ankunft in Berlin die Lieferung von Kampfpanzern des Typs Leopard 2 von der Bundesregierung gefordert. "Wir benötigen einen Wandel in der Philosophie der Waffenlieferungen. Damit meine ich: Es sollten auch moderne Kampfpanzer geliefert werden", sagte Schmygal in einem Interview der Deutschen Presse-Agentur. Die Leopard 2 seien "die modernen Panzer, die die Ukraine auf dem Schlachtfeld braucht".

Die Bundesregierung hat der Ukraine bisher Waffen im Wert von mehr als 700 Millionen Euro zugesagt, der größte Teil davon ist schon geliefert - darunter auch einiges an schweren Waffen: zehn schwere Artilleriegeschütze vom Typ Panzerhaubitze 2000, 15

Flugabwehrpanzer, drei Mehrfachraketenwerfer und drei Bergepanzer. Zur Lieferung von Kampfpanzern hat sich Scholz bisher skeptisch geäußert. Auch kein anderer NATO-Staat hat bisher Kampfpanzer westlicher Bauart in die Ukraine geliefert.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6314ed7848fbef16fa7fbea8.jpg>

Kampfpanzer Leopard 2 der Bundeswehr mit seiner Besatzung bei einer Übung in Niedersachsen, Juli 2022